Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Anlieferung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, für übrige Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition, Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- und Behörden-Anzeigen, Stellen-Anzeigen, sowie Ein- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 45. Donnerstag 14. Februar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Am heutigen Tage begeben sich der deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin zu mehrwöchigem Aufenthalt nach St. Moritz.

* Im Landesverratsprozeß Prinz wurde der Angeklagte wegen Versuchs des Verrats militärischer Geheimnisse an die russische Regierung in zwei Fällen zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde mit Rücksicht auf die Person des Angeklagten nicht in Anrechnung gebracht. (S. d. bes. Ver.)

* Gestern begann in Berlin der Prozeß gegen Peeplau wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses in den bekannten Kolonialaffären. (S. Gerichtssaal.)

* In Karlsruhe wurde der Dr. jur. Foehrenbach aus Baden-Baden, ein Schwiegersohn des früheren Finanzministers Becker, zum Oberbürgermeister gewählt.

* Lord Newton wird anfang nächster Woche seinen Entwurf zur Reform des Oberhauses einbringen.

* Amerika untersagt die japanische Einwanderung auf den Sandwich-Inseln und Philippinen. (S. Ausl.)

* Die bulgarische Sobranje ist gestern geschlossen. (S. Ausl.)

* In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde der Vorsteher Justizrat Dr. Junck in Rücksicht auf seine Wahl zum Mitglied des Reichstags auf unbestimmte Zeit beurlaubt. (S. Bericht der Stadtverordneten.)

Sozialdemokratische Mauserung?

Die Sozialdemokratie ist trotz ihrer Wahlniederlage noch keine erledigte Partei. Dafür sorgen ihre Organisation und die Zahl ihrer Wähler. Mit bei ein Viertel Millionen Stimmen ist man in einem Reiche mit demokratischem Wahlrecht immer noch ein beachtenswerter Faktor. Dazugen kann doch auch nicht verkannt werden, daß die sozialdemokratische Gefahr durch die jüngsten Ereignisse viel von ihrer Bedenklichkeit verloren hat. Die Mär von dem unaufhaltsamen Siegeslauf der Partei ist gänzlich zerstört worden. Und in der Partei selbst hat der unerträglich gewordene Hochmut einen starken Stoß erlitten.

Darüber können auch die nur mühsam bewahrte Haltung und die noch ab und zu versuchten grollen Gebärden nicht hinwegtäuschen. Und eine Untersuchung des heutigen Zustandes der Partei bietet genügend Beweismaterial für die gründliche Erschütterung des Selbstvertrauens der Parteileitung, die bei der Sozialdemokratie bisher in viel höherem Grade als bei irgendeinem anderen Parteigebilde für die Stimmung der geführten Massen maßgebend gewesen ist. Zwei Erscheinungen hat der Ausgang des Wahlkampfes in der Sozialdemokratie bisher gezeitigt: die in Dresden mit Keulen erschlagenen Revisionisten sind wieder munter geworden und in der bisher des Revisionismus gänzlich unverdächtigen Parteileitung selbst macht sich revisionistisch angehauchte Erkenntnis bemerkbar. Diese zweite Erscheinung will uns weit bedeutsamer dünken als die erste. Das Häuflein der revisionistischen Intellektuellen hat sich so völlig um seinen Kredit gebracht, hat insbesondere in und nach Dresden so wenig Zutrauen zu sich selbst bewiesen, den Kampf so wenig mutig und auf so viel Umwegen eingeleitet und geführt, daß Mißtrauen ihm gegenüber berechtigt ist. Auch ist nicht zu verkennen, daß der Revisionisten persönliches Ansehen bei den Genossen wie in der bürgerlichen Welt arg gelitten hat. Wer einmal so klein beigegeben hat, wie die Vollmar, Braun, Heine, Göhre es getan, der wird sich über Mangel an Respekt nicht mehr beklagen dürfen. Inzwischen ist noch dazugekommen, daß die Schätzung des bayerischen Führers v. Vollmar, des Hauptes des Revisionismus, ganz außerordentlich zurückgegangen ist. Es ist zu durchsichtig geworden, daß dieser vielgewandte Politiker und kluge Kopf sich nie von seiner römischen Vergangenheit hat völlig lösen können. Er ist die Seele des schwarz-roten Kartells in Bayern, ist der geschickteste Förderer des Ultramontanismus in Deutschland und durch die Unnatürlichkeit seiner antiliberalen, kulturfeindlichen Politik der eigene Vernichter seines früheren Ruhes geworden.

Möglich, daß unter neueren, günstigeren Verhältnissen der Mut der Gedemütigten wieder wächst. Möglich auch, daß der Niederlage der Revisionisten viel Persönliches und Zufälliges anhaftete. Wichtiger ist jedenfalls die Erscheinung, daß die starr dogmatische Parteileitung sich in ihren jüngsten Kundgebungen von der Bäffe revisionistischer Gedanken angekränkelt zeigt. Vorherrschend ist erklärlicherweise immer noch die Sucht, die Gründe für die Wahlniederlage in äußeren Umständen zu suchen. Im „Vorwärts" gab der Parteivorstand, wie schon kurz berichtet wurde, einen Erlaß „An die Partei" bekannt, der sich äußerlich noch ganz in den autokratischen Formen und stellenweise auch noch in dem alten überheblichen Stil präsentiert. Da heißt es noch: „Unsere Partei ist eine Partei aus einem Guß, die weiß, was sie will. Eine Phalanx, in der es keine Halben und Viertelsmänner, sowie charakterlosen Streber und politischen Waschlappen gibt, wie sie in den Reihen unserer Gegner massenhaft vorhanden sind." Also immer noch ist der Genosse eo ipso edel, hilfreich und gut und ein ganzer Kerl. Der Gegner dagegen.... Insofern ist also der verehrliche Parteivorstand noch in der alten hochmütigen Gesinnungstüchtigkeit befangen oder tut wenigstens so. Auch schreibt er noch dasselbe miserable Deutsch, das ihm die Götter verzeihen mögen. Redet von den „innegehabten Wahlkreisen", von der „streng sachlichsten Weise", von einer Schlacht, die der Kanzler „in bezug auf das Zentrum" verloren habe, und ehrt so nach Kräften das Andenken des durchgefallenen Hehn-Gebote-Hoffmanns. Solche Aeußerlichkeiten nicht klein zu achten, gebieten uns die Ueberzeugung von dem Kulturwert der Sprache und die Gerechtigkeit. Auch die Rede belastet sich häufig genug mit sprachlichen Sünden und muß sich deswegen Sottisen sagen lassen. Weshalb sollte eine Parteileitung, die sich in ungeheuerlicher Anmaßung kulturell so über alles historische Maß erhaben dünkt, mit anderem Maßstock gemessen werden? Wer nicht einmal die Voraussetzungen der Kultur zu erfüllen gelernt hat, wird uns auch schwerlich den richtigen Weg „zur Sonnenhöhe der Kultur" zu führen müssen.

Auch sonst wird noch mit einer gewissen Prätention und ostentativ an dem allerheiligsten Dogmen festgehalten. Dafür zeugt besonders lustig der schöne Satz des Trostes: „Der Kapitalismus gebiert mit jedem Tage seiner weiteren Existenz, um mit unseren Altmeistern Marx und Engels zu reden, die Totengräber seiner eigenen Klassenherrschaft." Und dabei müssen die Autoren des Erlasses selbst zugeben, was auch schon Kautsky getan, daß wir in einer „überaus günstigen Prosperitätswoche" leben, daß es also nichts ist mit dem Dogma von der fortschreitenden Verelendung der Massen. Aber trotz dieses orthodoxen Gebarens ist der Erlaß ein revisionistisches Manifest. Wer kann sich eines Satzes, wie des folgenden in einem offiziellen Aktenstück der Sozialdemokratie erinnern? „Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß wir selbst auch einen Teil der Schuld an unseren Niederlagen tragen." Und dann kommen die Bekenntnisse. Zunächst soll ein großer Teil der Genossen zu optimistisch gewesen sein. Und dann „soll ferner nicht verschwiegen werden, daß die vielen Meinungsdifferenzen, die wir in den letzten Jahren hatten, in der Presse und in Zusammenkünften aller Art oftmals in einer Weise ausgetragen wurden, die unseren Gegnern Stoff zu Angriffen lieferte, namentlich weil die Ausschlachtung in der üblichen tendenziös entstellten Weise geschah. Hier haben wir künftig, ohne Ausnahme, uns die größte Reserve aufzuerlegen. Müssen Meinungsverschiedenheiten im Interesse der Partei ausgetragen werden, so darf dieses nur in der streng sachlichsten Weise geschehen. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir Parteigenossen sind und jeder von uns das Recht hat, zu verlangen, daß seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und im Interesse der Partei geltend gemacht angesehen wird." Wer diese Toleranz nicht als das Produkt eines revisionistisch angehauchten Geistes erkennt, der lese schleunigst die Berichte vom Dresdener Parteitage nach. Dort wurden die Verkünder solcher Ansichten mit Verbalinjurien so angedeckt, daß sie bis heute die Sprache verloren.

Und die Krankheit (oder Genesung, je nach dem Standpunkt) schreitet fort und erfaßt auch schon die kleineren Götter. Die Parteirebakteure wollen zusammenkommen, über die Ursachen der Niederlage und die Taktik der Zukunft beraten. Das muß doch wohl von der allerhöchsten Stelle aus gebilligt worden sein, denn auch der „Vorwärts" ist dem Plane geneigt. Und bedenkt man noch, daß die Wahlen selbst recht erfreulich von der Lösung Hunderttausender aus dem sozialdemokratischen Banne Kunde gegeben haben, daß der Abgeordnete Dr. Südekum berichtet, wie skeptisch die Genossen geworden sind, wie sie unerhörterweise sogar schon über den Mangel an Erfolgen der Fraktion geklagt, wie sie positive Arbeit gefordert haben, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß der Revisionismus in der Sozialdemokratie marschiert.

Wie weit er es bringen, welche Gestalt er annehmen, ob er vor allem nationalisierend wirken wird, wollen wir mit dem der Sache gebührenden Interesse, aber in Gelassenheit abwarten. Besonders aber möchten wir vor der Wiederholung alter Fehler warnen. Was der Revisionismus erreichen kann, muß er aus eigener, innerer Stärke erreichen. Und alles laute Anfeuern, jeder vorzeitige Versuch, mit ihm zu paktieren, kann der Entwickelung nur schädlich sein, wie das früher schädlich gewesen ist. Unsere Aufgabe, das heißt die aller Politiker, die in den Sozialdemokraten immer noch irregeleitete Kinder unserer Nation sehen, liegt auf einem ganz anderen Gebiet. Wir haben die endliche Wiedervereinigung durch sozialpolitische Arbeit zu fördern. Und wenn es wahr ist, daß Fürst Bülow den Hinweis auf die sozialdemokratische Niederlage mit „Nun erst recht" (nämlich Sozialpolitik) beantwortet hat, so eröffnet sich eine Perspektive schwieriger und mühseliger, aber auch lohnender Wirksamkeit für alle, die sich das Deutschland der Zukunft nur als den Hort eines einigen Volkes denken mögen.

Die beiden Häuser.

„Ich bin nicht sicher, ob ich nicht lieber eine Verfassung haben möchte, in der die Volksvertretung in hohem Grade unmittelbar unter der Kontrolle des Herrschers selbst steht, als eine Verfassung, in der sie in gleichem Grade unter der Kontrolle einer anderen Kammer steht."

Sagt Campbell Bannerman. Die Thronrede sagt es nicht, dort heißt es einfach: „Ernste Fragen über die Arbeiten unseres parlamentarischen Systems sind aus unglücklichen Differenzen zwischen den beiden Häusern entstanden. Meine Minister ziehen soeben den wichtigen Gegenstand im Hinblick auf eine Lösung der Schwierigkeit in Erwägung." Der König kennt erst das Stadium der Erwägung. Der Ministerpräsident hat sein Urteil gebildet. „Ich bin nicht sicher" ist doch bloß eine vorsichtige Redewendung. Erklärte sich Campbell für sicher in seinem Urteil, so fiele ihm eine moralische Verpflichtung zu, den Konflikt als akut zu behandeln.

Campbell bekennt sich nicht etwa hypothetisch zum Abolitionismus. Das wäre ein grobes Mißverständnis seiner Worte. Aber er würde eine schärfere Anspannung des monarchischen Elements, als sie durch die falsche Entwicklung des englischen Verfassungslebens gerechtfertigt ist, vorziehen der Fortfristung der jetzigen Oberhausmachtstellung.

„Monarchie oder Feudalismus!" Veto des Königs oder Veto des Oberhauses! Diese schicksalsvolle Frage brandet täglich stärker an die Küsten des meerumspülten Albion. Sie wird auch die Verfassungsfrage der Zukunft im festländischen Europa werden, dessen Struktur einer republikanischen Einrichtung dauernd widerstrebt.

Die Frage des Zweikammersystems zeigt ein anderes Gesicht in Monarchien, ein anderes in Republiken. Das Volkshaus der demokratischen Republik macht ein Gegengewicht nötig, eine Notabelnversammlung mit erhöhter Altersgrenze oder eine berufsständische Interessenvertretung, die in die Oberhäuser, nicht in die Volkshäuser hineingehört. Ein Gegengewicht konservativer Tendenz gegen die wechselnden Mehrheiten, das Destillat des gärenden und vom Gefühl, nicht vom Prinzip bestimmten Volksgeistes.

Die Monarchie darf ein solches Korrelat des allgemeinen Stimmrechts entbehren. Der wohl beratene, wohl geleitete Wille des Königs ist Gegengewicht genug. Ein starker Herrscher wird natürlich vorausgesetzt, ein starkes Ansehensein und Insichsein des Königtums. Dem starken Herrscher kann die Opposition der Volksvertretung ein Hemmnis werden, aber ein durch seine persönliche Sicherheit und Kraft Überwindbares, die Stellung und Tradition von einer so gewaltigen Basis sich erheben lassen. Die Opposition einer feudalen Kammer ist eine Fessel, die der Eigensinn einer privilegierten Kaste zu einer unzerreißbaren zu machen imstande ist. Freilich gestatten die Verfassungen den Vorschub, machen aber eben durch diesen die Oberhäuser im Grundsatz zur Farce, zu einem überflüssigen, stilwidrigen Anhängsel, zu einem Schönheitsfehler der konstitutionellen Monarchie.

Es wird noch nicht zur Abschaffung des Oberhauses in England kommen. Die Zeit ist grundsätzlichen Aenderungen der europäischen Verfassungen nicht günstig. Man spricht, von den radikalen Kreisen abgesehen, nur von Palliativen um über den toten Punkt hinwegzukommen, auf den der Machtgebrauch des Oberhauses die englische Gesetzgebung gebracht hat. Die einen beschränken sich darauf, eine Reform des Oberhauses vornehmen zu wollen, andere wollen das erbliche Prinzip abschaffen, eine dritte Partei will nur eine Beschränkung des Vetos herbeiführen, wieder andere ein Referendum an Stelle des Vetos setzen. Ferner wird vorgeschlagen, den Verfall des Oberhauses zu beschleunigen und es auf das Verhältnis des römischen Comitia Curiata unter der Republik zu reduzieren. Schließlich wird gefordert, man solle dem Oberhause vom Budget aus beikommen, indem man strittige Gesetzesvorlagen als integrierenden Bestandteil des Budgets betrachtet, auf das das Oberhaus keinen Einfluß hat. Ein Präzedenzfall liegt in der Legislatur Victorias (Australien) vor. Weiter wird eine gemeinsame Abstimmung beider Häuser zusammen vorgeschlagen, und nach dem Beispiel Eduards I. soll schließlich nur das Votum besonders hierfür einberufener Peers entscheidend sein.

Die Vorwürfe gerade gegen das englische Oberhaus sind ein klein wenig übertrieben. Man legt ihm zur Last, daß es gesetzgeberische Rückschritte sanktioniere, die Arbeit der fortschrittlichen Parteien aber unfruchtbar mache. Beim Schulgesetz mochte das stimmen. Aber als die Homerulebill fiel, hat das Land ausdrücklich den Widerspruch durch sein Votum bestätigt. Die Bedingung, an die damals die Lords ihre Zustimmung zu einer so tief einschneidenden Verfassungsänderung des britischen Reiches geknüpft hatten: eine rein englische Mehrheit des Unterhauses scheint freilich durch dessen gegenwärtige Zusammensetzung erfüllt zu sein. Aber bei den jüngsten Wahlen war von Homerule keine Rede, wurde es sogar verleugnet. Auch weist das Oberhaus mit Recht auf seine Nachgiebigkeit bei der Trades Dispute-Bill hin.

Es war vielfach erwartet, daß dem Fall der Schulbill eine unverzügliche Auflösung des Unterhauses folgen würde, um durch ein unzweifelhaftes Verdikt des Volkes für einen offenen Krieg gegen die Peers das moralische Fundament zu errichten. Die Regierung hat die andere Methode gewählt: filling the cup: durch Häufung der Konflikte soll der Becher zum Ueberlaufen gebracht werden.

*

Unmittelbar an die Verlesung der Thronrede schloß sich nach englischem Brauch die

Adreßdebatte

beider Häuser, Antistrophe und Epodos der Königsbotschaft. Die Diskussion des Oberhauses ist schon mitgeteilt. Im Unterhause bespöttelte Balfour die Reihe der in der Thronrede erwähnten Maßnahmen und zweifelt daran, ob viele der Maßnahmen während der gegenwärtigen Tagung auch nur im Unterhause erledigt werden würden. Ueber die Oberhausfrage sagt er, der Gedanke, daß irgend eine Umgestaltung der Zweiten Kammer gelegentliche Meinungsverschiedenheiten mit der Ersten Kammer verhindern würde, sei töricht. Alles was man tun könne, sei, dafür Sorge zu tragen, daß auf die Dauer das Volk darüber entscheide, unter was für Gesetzen es leben will. Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman bemerkt in seiner Erwiderung, der wichtigste Teil der Thronrede sei die Stelle, die sich auf die Streitigkeiten zwischen beiden Häusern des Parlaments beziehe. Er erkenne vollkommen die ernste Natur der Aufgabe an, welcher sich zu widmen das Haus, wenn die Zeit dazu gekommen sei, von der Regierung aufgefordert werden solle. Es sei nicht mit den Gefühlen verletzter Eitelkeit, der Gereiztheit oder des Verdrusses, daß die Regierung diese große Frage in Angriff zu nehmen gedenke. Die Frage der Beziehung zwischen den beiden Häusern ist die Frage, die wir aufwerfen wollen, und nicht die Frage der Verfassung des Hauses der Lords, welche eine andere Angelegenheit ist. Nachdem er sodann auf den Gegensatz in der Haltung des Oberhauses, je nachdem die Konservativen oder die Liberalen an der Macht seien, hingewiesen hat, fährt der Premierminister fort: Die Regierung schneidet eine ungeheuer wichtige Frage an, aber sie ist sich des Ernstes der Lage bewußt. Die wesentliche und eigentliche Natur der Verfassung ist, daß sie eine Repräsentativverfassung ist. Die Volksvertretung in Großbritannien ist nicht wie in einigen anderen Ländern ungefähr wenig mehr als ein Sicherheitsventil der Verfassung. Die repräsentative Kammer und das Repräsentativsystem sind die Grundlage der britischen Konstitution. Ich bin nicht sicher, ob ich nicht lieber eine Verfassung haben möchte, in der die Volksvertretung in hohem Grade unmittelbar unter der Kontrolle des Herrschers selbst steht, als eine Verfassung, in der sie in gleichem Grade unter der Kontrolle einer anderen Kammer steht. Ich bin nicht sicher, ob die Frage, wenn der Kampf darüber weiter vorgeschritten sein wird, nicht leichter zu lösen sein wird, als es jetzt den Anschein hat. Aber auf jeden Fall muß die Frage geregelt werden. (Lauter Beifall.) Die gegenwärtige Lage ist schimpflich, gefährlich und entmutigend. Wir müssen eine solche Neuordnung der Beziehungen der beiden Häuser erreichen, die uns in den Stand setzt, die Wünsche des Volkes in angemessener Harmonie zur Ausführung zu bringen. Ueber die irische Frage sagt sodann der Premierminister: Sollen wir leugnen, daß das irische Volk ein Recht darauf hat, seine eigenen heimischen Angelegenheiten zu verwalten, solange diese nicht mit den Angelegenheiten Englands in Widerstreit geraten, und solange nichts geschieht, was die Oberhoheit des Parlaments und infolge davon die Festigkeit des Zusammenhangs der drei Länder verletzt? Es bedeutet gar keinen Unterschied für die Festigkeit des Reiches, wenn die Iren haben, was jede Kolonie mit Selbstverwaltung besitzt. Im weiteren Verlauf der Adreßdebatte erklärt John Redmond (Irel), lediglich die Gewährung eines Parlaments mit einer diesem verantwortlichen Exekutive würde Irland auch nur verhältnismäßigen Frieden und Gedeihen bringen.

Verband
deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten und Postverwalter-Vereinigung.

Es wird uns geschrieben:

Seit nunmehr fast zwei Jahren herrscht in den Reihen der mittleren Postbeamtenschaft, die sonst getreu der Devise ihres Verbandsorgans „einig und gleich" das schönste Bild der Eintracht und Harmonie boten, ein Zwiespalt, und zwar zwischen dem Verband und dem Teil der Postverwalter, die sich in der Postverwaltervereinigung zusammengefunden haben. Den ersten Anlaß zu den Mißhelligkeiten hat die Versendung einer von den Postverwaltern herausgegebenen Denkschrift gegeben. Diese und die Antwort hierauf von der „Deutschen Postzeitung", dem Verbandsorgan, ließen unseres Erachtens etwas die nötige Sachlichkeit und gebotene Zurückhaltung vermissen. Wir bedauern aufrichtig im Interesse beider Teile das hieraus entstandene gespannte Verhältnis. Hat doch gerade der Verband Deutscher Post- und Telegraphenassistenten, der als die größte, bestorganisierte und geleitete Beamtenvereinigung allgemein anerkannt wird, seine großen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete — Wohlfahrtseinrichtungen, Sterbekasse, Unterstützungskasse usw. — sowie in dienstlicher Beziehung — Erschließung der Sekretär- und Obersekretärstellen usw. — nur dem ausgeprägten Solidaritätsgefühl und dem einmütigen Zusammenhalten sämtlicher mittleren Postbeamten zu verdanken. Die Postverwalter glauben nun, daß ihre speziellen Interessen seitens des Verbandes nicht in genügender Weise vertreten worden sind und vertreten werden. (Unseres Wissens, die wir den Vorgängen in der Verbandsbewegung stets großes Interesse entgegengebracht haben, geschieht mit solchen Anschauungen dem Verbande unrecht. Dieser hat sich, speziell in den letzten Jahren, viel mit der Lage der Postverwalter beschäftigt und diese haben dem Vorgehen des Verbandes manche Vorteile zu verdanken.) Sie hatten sich deshalb in den verschiedenen Oberpostdirektionsbezirken zu Vereinigungen zusammengeschlossen, denen auch viele Verbandsmitglieder angehörten, in der Annahme, durch gesondertes Vorgehen ihre Wünsche eher und besser erfüllt zu sehen.

Eine Folge dieser Sonderbündelei war der Zusatz zum § 10 der Satzungen des Verbandes, den der 16. Verbandstag im September 1906 mit überwältigender Mehrheit annahm. Dieser Zusatz lautet: „Die Zugehörigkeit zu anderen postalischen Fachvereinen, die ähnliche Ziele verfolgen, wie der Verband, ist den Mitgliedern nicht gestattet. Soweit eine derartige Zugehörigkeit besteht, ist sie binnen drei Monaten nach einer vom Verbandsvorstand erhaltenen Aufforderung zu lösen."

Es muß ohne weiteres anerkannt werden, daß der Verband aus Selbsterhaltungstrieb so handeln mußte. Er konnte